

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung am Donnerstag, dem 25.11.2021 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:48 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Allendorf, Julian, Dr.
Bontrup, Martin
Goehermann, Josef, Prof. Dr. **Vertretung für
Herrn Dr. Christoph Wäsker**
Holz, Anton
Kleerbaum, Klaus-Viktor
Lenter, Andreas **Vertretung für Herrn Stefan
Holtkamp**
Mondwurf, Günter
Pohlmann, Franz
Schulze Esking, Werner
Vogdt, Christian, Dr.
Wessels, Wilhelm
Wobbe, Ludger

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang
Friedrichsen, Andreas, Dr.-Ing.
Jansen, Patrick
Wozniak, Ralf
Jasper, Martin

SPD-Kreistagsfraktion

Gernitz, Renate **Vertretung für Herrn Michael
Spiekermann-Blankertz**
Ludwig, Volker
Sticht, Niklas Gabriel
Vogt, Hermann-Josef

UWG-Kreistagsfraktion

Lunemann, Heinz-Jürgen

FAMILIE

Kullik, Angela

Verwaltung

Tepe, Linus, Dr.
Daldrup, Kathrin
Raabe, Mathias
Wewers, Manfred
Brockkötter, Ulrike
Püth, Caroline
Entrup, Mathis
Henke, Martina

Der Ausschussvorsitzende Klaus-Viktor Kleerbaum eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Herr Martin Jasper wird zum sachkundigen Bürger ernannt.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Sachstandsbericht zum Markenbildungsprozess Münsterland
Vorlage: SV-10-0308
- 2 Umsetzung des radtouristischen Knotenpunktsystems
Vorlage: SV-10-0401
- 3 Münsterlandweite Initiative zur erneuten Bewerbung als Öko-Modellregion NRW
Vorlage: SV-10-0406
- 4 Tarifmaßnahmen 2022
Vorlage: SV-10-0407
- 5 Alternative Antriebe für Busse im ÖPNV im Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-0408
- 6 Tarifgemeinschaft Münsterland GmbH - Prüfauftrag hinsichtlich Auflösung
Vorlage: SV-10-0320
- 7 Finanzielle Beteiligung der Städte und Gemeinden bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Kreisstraßen
Vorlage: SV-10-0396
- 8 Förderung des Azubi-Tickets für die Auszubildenden der Pflegeschulen; Antrag der Kreis-
tagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.11.2021
Vorlage: SV-10-0410
- 9 Inanspruchnahme der Kreisförderung des Azubi-Tickets; Berichts-anforderung der Kreis-
tagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.11.2021
Vorlage: SV-10-0411

- 10 Abschluss öffentlich-rechtlicher Delegationsvereinbarungen über das Linienbündel BOR 2
Vorlage: SV-10-0415
- 11 Baubeschluss zur Abwicklung der Radwegbaumaßnahme an der K 27 AN 3+4 zwischen
Dülmen und Hiddingsel
Vorlage: SV-10-0395
- 12 Entwurf Haushalt 2022
Vorlage: SV-10-0409
- 13 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Kooperationsvertrag mit der Stadt Dülmen zur Errichtung einer gemeinsamen Feuer- und
Rettungswache
Vorlage: SV-10-0414
- 2 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 3 Anfragen der Ausschussmitglieder

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-0308

Sachstandsbericht zum Markenbildungsprozess Münsterland

Klaus Ehling und Kathrin Strotmann vom Münsterland e.V. stellen den Markenbildungsprozess Münsterland vor.

Anschließend bedankt sich der Ausschussvorsitzende Kleerbaum für die überzeugende Darstellung. Die Aktivitäten des Münsterland e.V. für den Markenbildungsprozess seien sehr vielfältig. Dem allgemeinen Nicken entnehme er, dass die Ausschussmitglieder die Präsentation ebenfalls gelungen fanden.

S.B. Friedrichen erfragt die Beweggründe derer Kommunen, die nicht an der Marke Münsterland teilnehmen, wie auf einer Landkarte zu sehen gewesen sei.

Frau Strotmann erläutert, dass häufig eingeschränkte Ressourcen vor Ort der Hintergrund seien.

Ktabg. Wobbe greift auf, dass die Bekanntmachung der Marke Münsterland das Ziel sei und ob es nicht möglich sei in regionalen Fernsehformaten wie zum Beispiel der Lokalzeit Münsterland Werbung auszustrahlen.

Der WDR sei ein öffentlich-rechtlicher Sender, so Frau Strotmann, weshalb die Beiträge mit ihren Inhalten überzeugen müssen und keine Werbung möglich sei. Frau Leiking vom Münsterland e.V. habe aber auch bereits Auftritte dort gehabt.

Der Sachstandsbericht zum Markenbildungsprozess Münsterland wird zur Kenntnis genommen.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-0401

Umsetzung des radtouristischen Knotenpunktsystems

Der Vorsitzende und Herr Entrup führen kurz in die Vorlage ein. Im Kreis Coesfeld gebe es bereits ein Wabennetz, welches nicht mit dem Knotenpunktsystem vermischt werden solle, ergänzt Ktabg. Drogmann.

Dazu erläutert Herr Entrup, dass das Wabennetz vollständig durch das Knotenpunktsystem ersetzt werde.

Ktabg. Vogt fragt an, wie das Netz künftig unterhalten werden solle.

Herr Entrup verweist darauf, dass das eine formale Aufgabe der Straßenbaulastträger sei, jedoch gäbe es aktuell einen Austausch darüber, ob die Unterhaltung künftig vom Kreisbauhof übernommen werden könne.

Im Kreis Coesfeld gebe es schon eine Beschilderung, wenn auch keine einheitliche wie beim Knotenpunktsystem. Ktabg. Wobbe sieht das Knotenpunktsystem als eine gute Sache, aber viele der jetzigen Schilder wurden ehrenamtlich ausgestellt und gepflegt. Man sollte mit diesen Personen in Kontakt treten und mit einbeziehen, da so ein Ehrenamt wichtig sei.

Ausschussvorsitzender Kleebaum lässt sodann über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des radtouristischen Knotenpunktsystems zu veranlassen. Die Verwaltung wird mit der Durchführung eines Vergabeverfahrens für die Herstellung und Installation der Wegweisenden Beschilderung (nachfolgend Maßnahme 1) beauftragt.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Knotenpunkttafeln im Kreisgebiet beauftragt (nachfolgend Maßnahme 2) und stellt hierfür die erforderlichen Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 210.000 € unter der Voraussetzung einer Landesförderung (Förderquote 70 Prozent) zur Verfügung. Die Verwaltung wird mit der anschließenden Durchführung eines Vergabeverfahrens für die Herstellung und Installation der Knotenpunkttafeln beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 23 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-0406

Münsterlandweite Initiative zur erneuten Bewerbung als Öko-Modellregion NRW**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin auf eine gemeinsame Bewerbung als Öko-Modellregion NRW mit den anderen Münsterlandkreisen und der Stadt Münster hinzuwirken.
2. Das Bewerbungskonzept wird vom Münsterland e. V. in Abstimmung mit den Kreisen und der Stadt Münster erstellt.
3. Im Falle der erfolgreichen Bewerbung wird die geförderte Personalstelle beim Münsterland e.V. angesiedelt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 23 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-0407

Tarifmaßnahmen 2022

Die SPD-Fraktion lehne den ersten Beschlusspunkt ab, so Ktabg. Vogt, denn sie seien grundsätzlich gegen Tarifmaßnahmen, alleine aufgrund derer Strukturen.

Ktabg. Dropmann ergänzt, dass die Fraktion der Grünen niedrige und einfache Tarifmaßnahmen befürworte. Das 8-Tage-FlexTicket sei sehr flexibel und dadurch eine sehr gute Sache. Insgesamt werde sich die Grünen-Fraktion jedoch enthalten.

Ktabg. Dr. Allendorf kann die Beweggründe der anderen Fraktionen nachvollziehen, aber die Erhöhung sei eine moderate Erhöhung und sei deshalb mittragbar. Es seien nur ausgewählte Kategorien an Tickets erhöht worden, die die letzten Jahre konstant waren, sodass die Bürger abwechselnd betroffen seien. Ktabg. Dr. Allendorf sehe allerdings auch das Homeoffice-Problem, daher sei das 8 Tage FlexTicket eine gute Alternative. 37,5 % Rabatt seien eine attraktive Preisreduzierung und es sei an den richtigen Stellschrauben gedreht worden. Insgesamt sei das Tarifsystem aber kein optimales System, aber bei einer Nullrunde fehle das Geld dann an anderer Stelle.

S.B. Jasper fragt an, ob das JobTicket vom Kreis gefördert werde. Zudem sei im letzten Jahr eine Preistabelle bei der Sitzungsvorlage beigefügt gewesen, er bittet um Beifügung zur Niederschrift. Zudem fragt er an, ob das Azubi-Ticket erhöht worden sei.

Kreisdirektor Dr. Tepe verneint die Bezuschussung des JobTickets, jedoch haben sich die tarifrechtlichen Vorgaben geändert, sodass darüber nochmal neu beraten werden solle. Eine Erhöhung des Azubi-Tickets sei nicht erfolgt.

Ausschussvorsitzender Kleebaum lässt sodann getrennt über die Beschlusspunkte abstimmen.

Ktabg. Dropmann verlässt die Ausschusssitzung um 17:15 Uhr.

Beschluss:

1. Der Beschlussvorlage der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH wird zugestimmt.
2. Die Vertreterinnen und Vertreter des Kreises Coesfeld in den Tarifgremien setzen sich für die Überführung des JobTicket-Piloten in den Regelbetrieb zum 01.08.2022 ein.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sitzung des Tarifausschusses Münsterland, der Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe und im WestfalenTarif-Ausschuss entsprechend abzustimmen.
4. Der ZVM Bus wird beauftragt, die Beförderungsentgelte / Tarife, die Bestandteil eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDA) sind, gem. § 39 Abs. 1 Satz 3 PBefG der Bezirksregierung Münster als Genehmigungsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 14 |
| Nein: | 4 |
| Enthaltung: | 5 |

Punkt 2-4

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 19 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 4 |

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-10-0408

Alternative Antriebe für Busse im ÖPNV im Kreis Coesfeld

Herr Pieperjohanns, Geschäftsführer der WVG, hält eingangs einen kurzen Vortrag. Im Übrigen verweist der Ausschussvorsitzende auf die umfassende Darstellung und Diskussion im Unterausschuss ÖPNV.

Am Standort in Lüdinghausen sei noch keine Photovoltaik-Anlage installiert, dies sei aber sinnvoll, so Ktabg. Vogt.

Von den 11 Betriebshöfen im WVG-Geschäftsbereich seien 2 mit Photovoltaik ausgestattet. Herr Pieperjohanns erläutert, dass die Ausstattung mit PV-Anlagen bisher nicht wirtschaftlich darstellbar gewesen sei.

Ktabg. Mondwurf ergänzt, dass die Wasserstoff-Technologie weiterhin im Blickfeld bleiben solle, so dass bei Zeiten eine mögliche Umsetzung erfolgen könne.

Dadurch, dass teilweise die anderen Kreise auf Wasserstoff gesetzt haben, könne dies gut beobachtet werden, so Pieperjohanns.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender über diesen Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschluss:

1. Der Kreis Coesfeld will durch die Umstellung der Busse auf emissionsfreie und emissionsarme Antriebe einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und zur Abfederung von Klimafolgen leisten.
2. Die Quote der Umstellung im Rahmen der Clean Vehicles Directive (CVD) und dem Saubere-FahrzeugeBeschaffungsGesetz soll sich nach den Vorgaben des Landes NRW für den ländlichen Raum richten.
3. Der Antrieb soll elektrisch sein. Der Energiespeicher soll eine Batterie sein.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Geschäftsleitung des RVM Gespräche zu führen, um eine Ertüchtigung des Betriebshofes Lüdinghausen für den batterieelektrischen Betrieb von Bussen zu realisieren, z.B. durch die Installation von PV-Anlagen.
5. Die Qualitätsstandards für Vergaben von Öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDA) werden angepasst.
6. Der Kreis Coesfeld hat die Kosten für die Umstellung zu tragen. Die Verwaltung bemüht sich um entsprechende Fördermöglichkeiten bzw. beauftragt die RVM, entsprechende Förderanträge zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 22 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-0320

Tarifgemeinschaft Münsterland GmbH - Prüfauftrag hinsichtlich Auflösung**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung des Gesellschaftsvertrags der Tarifgemeinschaft Münsterland-Ruhr-Lippe GmbH zu beantragen mit dem Ziel, das Stimmgewicht zugunsten der Aufgabenträger auszugestalten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 22 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-10-0396

Finanzielle Beteiligung der Städte und Gemeinden bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Kreisstraßen

Die Beratung wird zum TOP 7 wird in den Kreisausschuss verschoben.

TOP 8 öffentlicher Teil

SV-10-0410

Förderung des Azubi-Tickets für die Auszubildenden der Pflegeschulen; Antrag der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.11.2021

Ktabg. Jansen erläutert, dass eine Lücke identifiziert wurde und nun diese Lücke zu schließen sei und so den Pflegeberufen auch seine Anerkennung zu zeigen.

Danach lässt Ausschussvorsitzender Kleerbaum abstimmen.

Beschluss der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Kreis Coesfeld beteiligt sich, in Erweiterung der bisherigen Beschlusslage, ab dem Jahre 2022 an den Kosten für das landesweit zu nutzende Azubi-Ticket mit monatlich 20,00 € an den Gesamtkosten von 83,00 € unter folgenden Voraussetzungen:

1. Gefördert werden Auszubildende im ersten Ausbildungsjahr, die die Pflegeschulen im Kreis Coesfeld (carecampus, maxQ) in den Ausbildungsberufen „Pflegefachmann/-frau“ oder „Pflegefachassistent/-in“ besuchen.
2. Der jeweilige Einstellungsträger beteiligt sich mit mindestens 31,00 € monatlich an den Kosten des Azubi-Tickets.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 22 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 9 öffentlicher Teil

SV-10-0411

Inanspruchnahme der Kreisförderung des Azubi-Tickets; Berichtsanforderung der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.11.2021

Dieses Thema sei für den S.B. Jasper ein Herzensthema und er wolle daher mit Frau Henke vom ZVM Bus in Kontakt treten.

Sodann wird über den Tagesordnungspunkt abgestimmt.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 22 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 10 öffentlicher Teil

SV-10-0415

Abschluss öffentlich-rechtlicher Delegationsvereinbarungen über das Linienbündel BOR 2

Ktabg. Vogt fragt an, ob es möglich sei an der Autobahnauffahrt Dülmen Nord eine Haltestelle zu schaffen, da der Ortsteil Merfeld aufgrund der Baumaßnahmen zur B 67 N nicht mehr angefahren werde.

Kreisdirektor Dr. Tepe antwortet, dass dies bereits in der vergangenen Ausschusssitzung durch Ktabg. Wäsker angefragt wurde und verweist auf die Antwort der letzten Sitzung.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender über diesen Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschluss:

1. Der Landrat wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlagen mit dem benachbarten Aufgabenträger (Kreis Borken) über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitte) abzuschließen.
2. Der Landrat wird zudem beauftragt, ggf. notwendige Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlagen nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen,

die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 22 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 11 öffentlicher Teil

SV-10-0395

Baubeschluss zur Abwicklung der Radwegbaumaßnahme an der K 27 AN 3+4 zwischen Dülmen und Hiddingsel

Der Ausschussvorsitzende lässt über diesen Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die grundhafte Erneuerung des Radweges an der K 27 AN 3+4 zwischen Dülmen und Hiddingsel (Länge ca. 2,0 km) zu veranlassen.

Die Zustimmung (Baubeschluss) erfolgt mit der Maßgabe, dass eine Auftragsvergabe erst erfolgen darf, wenn die Haushaltsmittel in 2022 für die Radwegbaumaßnahme bereitgestellt werden und der Haushalt 2022 seine Rechtskraft erlangt hat.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 22 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 12 öffentlicher Teil

SV-10-0409

Entwurf Haushalt 2022

Ktabg. Vogt stellt für die SPD Fraktion zwei Anfragen.

Zum einen möchte er wissen, ob man an der Burg Hülshoff touristische Hinweisschilder an der Autobahn aufstellen könne und bittet den Landrat dies mit den Landräten der Nachbarkreise zu beraten. Zum anderen spricht er sich dafür aus, dass der Ankauf der Pestalozzischule vorangetrieben werde und schnellstmöglich mit den Renovierungsarbeiten begonnen werden solle.

Ausschussvorsitzender Kleebaum weist darauf hin, dass der zweite Punkt im nicht öffentlichen Teil besprochen werden solle. Zum ersten Punkt könne er sagen, dass die Burg Hülshoff einer Stiftung angehöre und der Kreis Coesfeld daher nicht als Antragssteller auftreten könne.

Kreisdirektor Dr. Tepe bekräftigt die Aussage vom Ausschussvorsitzenden Kleebaum, dass die Aufstellung solcher Hinweisschilder Sache des Trägers sei. Die Aufstellung könne durch den Kreis angeregt werden, sei aber in jedem Fall nicht haushaltswirksam für den Kreis Coesfeld.

Die Kreisentwicklung ergänzt das Protokoll mit dem Hinweis, dass aktuell für die Burg Hülshoff ein Antrag auf verkehrsrechtliche Anordnung für eine touristische Unterrichtungstafel an der Autobahn mit der Trägerstiftung und dem LWL abgestimmt wird und eine Kostenübernahme des Kreises ggf. über das EFRE-Förderprojekt „Schlösser- und Burgenregion Münsterland“ ermöglicht werden kann. Über die weitere Anordnung entscheidet die Bezirksregierung Münster als zuständige Straßenverkehrsbehörde nach eigenem Ermessen.

Zum Ankauf der Pestalozzischule sagt Kreisdirektor Dr. Tepe, dass eine schnellstmögliche Renovierung der Schule nach einem möglichen Erwerb angestrebt werde, betont aber gleichzeitig, dass die Rettungswachen des Kreis Coesfeld Priorität haben.

Ktabg. Wobbe möchte nähere Erklärungen zum Produkt 04.01.07.01.

Kreisdirektor Dr. Tepe erklärt, dass die KCW ein Gutachten vorgestellt habe. Aus diesem Gutachten leiten sich bestimmte Maßnahmen ab. Zu solchen Maßnahmen gehören beispielsweise Verstärkungsfahrten. Kreisdirektor Dr. Tepe erklärt weiter, dass die Nahverkehrsplanung weiter fortgeschrieben werde. Haushaltsrechtlich sei bisher aber noch nichts vorgesehen.

S.B. Friedrichsen hakt nach, wie die Erklärungen von Herrn Dr. Tepe genau zu verstehen seien.

Kreisdirektor Dr. Tepe antwortet, dass in der Bürgerschaft evaluiert werde, welche Bedarfe in diesem Bereich bestünden. Dies entspreche der Beschlussfassung der letzten Beratungskette. Dabei solle man an bestehenden Punkten modifizieren anstatt eine komplette Neufassung zu erstellen. Die KCW wurde bereits für die Münsterlandkreise beauftragt, dies aus wissenschaftlicher Sicht zu bewerten. Die konkret identifizierten möglichen Maßnahmen müssten nun genauer untersucht werden. Der ZVM habe hier eine Arbeitsgruppe eingerichtet, wie die Erkenntnisse fortentwickelt werden könnten.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender über diesen Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf des Haushaltsplanes 2022 ausgewiesenen Jahresergebnisse in den Teilergebnisplänen und Teilfinanzplänen mit den jeweiligen Finanzmittelüberschüssen bzw. -fehlbeträgen der Produktgruppen

im Budget 3 und 4

| Produktgruppen | ab Seite |
|---------------------------------|-----------------|
| 20.06 (Gebäude) | 429 |
| 62.01 (Vermessungen) | 463 |
| 62.02 (Liegenschaftskataster) | 471 |
| 62.03 (Grundstücksbewertung) | 478 |
| 62.04 (Geoinformationen) | 484 |
| 66.01 (Verkehrsflächen) | 493 |
| 66.02 (Straßenunterhaltung) | 523 |
| 01.02 (Kreientwicklung) | 554 |
| 01.07 (Nahverkehrsplanung ÖPNV) | 593 |

einschließlich der bei den zugehörigen Produkten dargestellten Ziele und Kennzahlen werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

Anmerkung:

Die sich in der Sitzung dieses Ausschusses ergebenden Änderungen werden in einer Liste zusammengestellt und dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung / Kreisausschuss / Kreistag zur weiteren Beratung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 17 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 5 |

TOP 13 öffentlicher Teil**Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates**

Kreisdirektor Dr. Tepe teilt mit, dass es eine noch offene, aus der Kreistagsitzung am 29.9. herrührende Anfrage der UWG zur Bahnlinie mit Anschluss im Ortsteil Capelle gebe. Konkret sei im ÖSPV die Linie R53 betroffen. Der ZVM, Fachbereich Bus, habe dazu ausgewertet, welche Alternativen es gebe.

Um eine Anschlussgarantie zu gewährleisten müsse mit Mehrkosten in Höhe von 40.000 Euro gerechnet werden. Dies seien theoretische Zahlen, die noch nicht im Haushalt berücksichtigt seien. Prämisse hierbei sei, dass man von einer Quote von rd. 15 % ausgehe, bei der ein unmittelbarer Anschluss an den Bus nicht gewährleistet sei, je nach Verkehrszeit.

TOP 14 öffentlicher Teil**Anfragen der Ausschussmitglieder**

Von Anfragen der Ausschussmitglieder wird abgesehen.

Kleerbaum

Ausschussvorsitzender

Püth

Schriftführerin